

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg



Mai-Aufruf der DKP

Heraus zum 1.Mai: Unsere Solidarität gegen Kriegsgefahr und Armut

Wir rufen auf zur Teilnahme an den 1.Mai-Demonstration der Gewerkschaften. Nach der letzten Bundestagswahl und der Bildung der Großen Koalition gab es Hoffnungen, dass es nun den Menschen besser gehen würde. Doch schon jetzt ist zu sehen, dass die Maßnahmen der GroKo nur kleine Korrekturen sind: Der Mindestlohn ist zu niedrig und gilt nicht für alle, die Rente mit 63 ist eine Mogelpackung, die Schere zwischen Arm und Reich wird weiter auseinandergehen, der Jugend wird mit schlechter Bildung und ohne Ausbildung die Zukunft vorenthalten. Im Namen der Haushaltskonsolidierung wird die Schuldenbremse weiter angewendet. In dessen Folge wird die öffentliche Daseinsvorsorge weiter eingeschränkt werden, staatliche Aufgaben stehen weiterhin zur Privatisierung an, eine Agenda 2020 wird aufgerufen, mit ähnlichen Folgen wie die Agenda 2010, in deren Umsetzung die Hartz IV-Gesetze eingeführt und die Unternehmensbesteuerung gesenkt wurde.

Dagegen fordern wir: Statt einer Agenda 2020-Politik eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und eine Perspektive für die Jugend. Die Hoffnungen auf die Vereinigung Europas waren bei vielen Menschen groß. Sie verbanden nach dem zweiten Weltkrieg mit Europa ihre Hoffnung auf andauernden Frieden, auf eine wirtschaftliche Entwicklung, die ihnen Wohlstand und Sicherheit bieten sollte. Die Realität sieht jedoch anders aus: Europaweit ist heute die

Situation gekennzeichnet durch Massenarbeitslosigkeit, zunehmendes Elend und Angst vor der Zukunft. Zur Realität gehört auch, dass die Europäische Union zur Durchsetzung der Interessen der größten Konzerne und Banken in Europa gegründet wurde. In der EU bestimmen sie heute über das Schicksal von 490 Millionen Menschen. Im Verlauf der Krise häuften immer mehr Staaten der EU riesige Schulden an und standen vor dem Zusammenbruch. Die Konjunkturprogramme und die Rettung der sogenannten systemrelevanten Banken führten auch in Deutschland zu einer Staatsverschuldung, die vor allem auf die lohnabhängige Bevölkerung, die Erwerbslosen, die Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner und die kleinen Selbstständigen, die Klein- und Mittelbetriebe abgewälzt wurde. Vor allem aber wuchs die Verschuldung der süd- und südwesteuropäischen Staaten. Für die Kredite und Gelder, die sie über die EU und die Europäische Zentralbank erhielten, wurden sie zur Einschränkung ihrer nationalen Souveränität gezwungen. Ihnen wurde - insbesondere auf deutschen Druck und in deutschem Interesse - ein rigider Spar- und damit Verarmungskurs aufgezwungen, der mit Hilfe der Komplizenschaft der dortigen Bourgeoisien durchgesetzt wurde.

Dagegen fordern wir: Statt Schuldenbremsen muss jetzt ein Schuldenschnitt her: Nicht die Arbeiterklasse, sondern das Kapital muss zahlen. Die geheim gehaltenen Verhandlungen über ein Abkommen mit dem Namen Trade and Investment Partnership

(TTIP) der miteinander konkurrierenden imperialistischen Blöcke USA und EU machen deren Entschlossenheit deutlich, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterklasse die eigenen Interessen durchzusetzen. Von der Arbeiterbewegung bereits erkämpfte soziale, ökologische und politische Standards - zum Beispiel im Bereich der Gesundheit, Bildung, Ausbildung und Arbeit - sollen zerstört und dem Profit geopfert werden. Dieses Projekt stellt eine große Gefahr für alle Werktätigen diesseits und jenseits des Atlantiks dar.

Dagegen fordern wir: Statt weiterer Gespräche: Sofortiger Stopp der Verhandlungen. Die Krise hat den Wettlauf noch verschärft. Und schon lange reicht ökonomischer Druck allein nicht mehr aus, um jene Staaten gefügig zu machen, die ihren nationalen Reichtum, ihre Industrie und ihre Rohstoffe nicht den großen Konzernen zur Ausplünderung überlassen wollen. Dabei schreckt die EU selbst gegen im Prinzip beitragswillige Staaten wie der Ukraine nicht vor massiver innenpolitischer Einmischung zurück, sobald diese die Bedingungen für den Beitritt gemäß Diktat aus Brüssel nicht widerspruchslos akzeptieren. Im Fall der Ukraine hat das sogar die politische und logistische Ausrüstung von faschistischen Kräften und Terroristen eingeschlossen, mit dem Ergebnis, dass diese nun neben den Vertretern der mächtigsten ukrainischen Oligarchen an der Regierung sind. Die Situation auf der Krim wird dazu genutzt, den Weltmarktkonkurrenten Russland in Schach zu halten - bis

hin zum militärischen Säbelrasseln, wenn die Menschen auch in anderen Teilen der Ukraine sich nicht mehr durch ihre Regierung vertreten fühlen.

Dagegen fordern wir: Statt militärischer Drohungen: Stoppen wir die Kriegstreiber. Eine Welt ohne Kapitalismus, das ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, in der die Macht der Konzerne und Banken ersetzt wird durch die politische Macht der Arbei-

terklasse und anderer werktätiger Schichten der Bevölkerung. Eine Gesellschaft, die die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, von Grund und Boden herbeiführen wird. Erst dadurch wird die Möglichkeit geschaffen werden, der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu entgehen.

Deshalb sagen wir: Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um zukünftige

gen Sozialabbau abzuwehren und für unsere Interessen zu kämpfen. Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um über die Ursachen dieser Zustände zu diskutieren. Wir, die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei, sagen: Wer von der Krise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Auch dafür demonstrieren wir am 1. Mai!

DKP Parteivorstand

Petition zum KPD-Verbotsurteil

Die Initiativgruppe für die Rehabilitation der Opfer des Kalten Krieges (IROKK), hat dem neuen Bundestag eine Erklärung und Petition „KPD-Verbotsurteil von 1956 aufheben“ vorgelegt. Der 18. Deutsche Bundestag wird aufgefordert, Schritte einzuleiten, um das KPD-Verbotsurteil aufzuheben, weil es als Begründung für ungerechtfertigte politische Verfolgungen und Diskriminierungen diente und bis heute nachwirkt.

Die 3000 Unterzeichner der Petition, darunter Prof. Erich Buchholz, Berlin; Sevim Dagdelen MdB „Die Linke“, Duisburg; Prof. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten; Prof. Georg Fülberth, Marburg; Dr. Hans Modrow, Ministerpräsident a.D., Berlin; Prof. Nina Hager, stellv. DKP-Vorsitzende, Berlin und Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, Dortmund, erinnern dar-

an, dass eine Demokratie und die Illegalisierung von Kommunistinnen und Kommunisten nicht zusammenpassen.

In keinem anderen Land Europas wäre ein Verbot der Kommunistischen Par-



tei überhaupt denkbar gewesen, nur in der Bundesrepublik Deutschland konnte der Antikommunismus auch nach 1945 Staatsdoktrin werden und nur auf dieser Grundlage konnten

Bundeskanzler Konrad Adenauer und sein Staatssekretär Hans Globke die Partei verbieten lassen, die unvergessene Beiträge im Kampf gegen den Faschismus leistete. Ein Vorwand für das Verbot war die große Beteiligung der KPD am Ringen gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands. Das Verbotsurteil führte dazu, dass Tausende Kommunistinnen und Kommunisten, die für ihren Widerstand gegen das Naziregime Jahre in Zuchthäusern und KZs des Regimes ausgesetzt waren und oft nur knapp überlebt hatten, von Entschädigung ausgeschlossen und erneut kriminalisiert wurden. Tausende wurden juristisch verfolgt, z.T. für Jahre erneut eingekerkert. Das „Wirtschaftswunder“ ging an ihnen und ihren Familien vorbei. Mehr als vierzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und fast ein viertel Jahrhundert nach dem Ende der DDR ist es höchste Zeit, „das unsägliche Urteil aus dem Jahr 1956 aufzuheben“.

Aus einer Erklärung des Sprecherkreises der IROKK von Januar 2014

Widerstand gegen transatlantisches Freihandelsabkommen - TTIP

Zur Zeit verhandelt die Europäische Union mit den USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen, kurz TTIP. Es soll Handelsbeschränkungen abbauen und für einem vermehrten Güteraustausch und Investitionen zwischen den USA und der EU sorgen.

Die Befürworter erwarten ein großes Wachstum und angeblich Tausende von neuen Arbeitsplätzen. Auch sollen sogenannte Handelshemmnisse überwunden werden als da sind: Arbeitnehmerrechte, Sozial- Umwelt- und Produktionsstandards, Verbraucherschutz usw. Alles hat sich dem uneingeschränkten Warenaustausch, der totalen Profitmacherei unterzuordnen. Entgangene Profite durch die genannten Standards können dann von den beteiligten Konzernen über ein

sogenanntes Schiedsgericht eingeklagt werden. Dieses Schiedsgericht besteht nicht aus Richtern sondern aus Anwälten, die von den Konzernen selbst bestellt werden und deren „Rechtssprüche“ ohne Möglichkeit der Revision bindend sind. Entsteht z.B. durch Kennzeichnung von Lebensmitteln ein Verkaufshindernis weil der Verbraucher sich weigert, gentechnisch veränderte Nahrungsmittel zu kaufen, entsteht ein Handelshemmnis und der entgangene Profit kann eingeklagt werden.

Die Verhandlungen über TTIP finden im Geheimen statt. An ihr sind nur hohe Vertreter beider Administrationen und Abgesandte der Wirtschaft beteiligt. Sie sind somit absolut undemokratisch und völlig untransparent. Wir können uns allerdings an dem Freihand-

delsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexico orientieren, da sind solche Verfahren an der Tagesordnung. Sie haben u.a. dazu geführt, dass Mais aus Mexico nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Die DKP lehnt das transatlantische Freihandelsabkommen konsequent und entschieden ab. Um es zu verhindern wird allerdings mehr gebraucht als nur einige wenige Proteste. Es muss ein Proteststurm entstehen, der die Regierungen zwingt, nein zu TTIP zu sagen. Wir sind solidarisch mit allen Organisationen wie Attac, die den Protest organisieren. Wir Kommunistinnen und Kommunisten organisieren in- und außerhalb der Netzwerke den Widerstand gegen diese neue Zumutung des Kapitals.

Volker Blaschke

Krieg beginnt hier!

Zwischen dem ehemaligen Konzentrationslager Ladelund und Bramstedtlund, abgelegen in Nordfriesland steht auf dem Gelände der Bundeswehr ein Antennenwald. Hier ist der Krieg unblutig, sauber und ordentlich. Hier wird nicht im Krieg gestorben, sondern „aufgeklärt“.

Seit dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien gibt es innerhalb der NATO eine bewährte Arbeitsteilung: Die Bundeswehr übernimmt die Aufklärung und sucht die Ziele aus und die US-Army und andere NATO-Armeen werfen die Bomben, auf diese Ziele.

Die Bundeswehr und die militärbefürwortenden Politiker können sich an allen Kriegen beteiligen, ohne daß die Soldaten im Krieg umkommen oder sichtbar an den Kriegsverbrechen beteiligt sind. Auch die Bevölkerung, die Kriegseinsätze mit deutlicher Mehrheit ablehnt, kann mit dieser Art von Kriegseinsätzen leichter an Krieg gewöhnt werden und belogen werden, wenn die Krieg befürwortenden Politiker behaupten, dass es keine Beteiligung deutscher Soldaten an aktiven Kriegseinsätzen gibt. Denn blutige Leichen, wie beim Massaker von Kundus, das der damalige Oberst und jetzige General der Bundeswehr Klein veranlaßt hatte, kommen in der Öffentlichkeit nicht gut an.

Die Bundeswehr hat mit der Aufklärung eine Spezialkompetenz erreicht, die innerhalb der NATO unverzichtbar scheint. Damit kann sie einen wichtigen, eigenständigen Beitrag zu den Kriegsverbrechen der NATO leisten.

Die elektronische Kampfführung ist „sauber“, die Opfer bleiben unsichtbar oder werden damit nicht in Zusammenhang gebracht. „Unser Gefechtsfeld ist das elektromagnetische Spektrum, und das ist bekanntlich unsichtbar und überall“, wird ein EloKa-Soldat im Bundeswehrmagazin Y zitiert.

Die **EloKa** ist eine Truppengattung der Bundeswehr, die für die elektronische Kampfführung (EloKa) zuständig ist. Sie ist Teil der Streitkräftebasis. Sie hat folgende Aufgaben:

Aufklären (EloUM): Mittels hochempfindlicher Empfangsgeräte werden durch geeignete Meßverfahren feindliche Funkabstrahlungen erfaßt, aufgezeichnet und ausgewertet sowie deren Quelle ermittelt, um daraus abgeleitet, geeignete Gegenmaßnahmen einlei-

ten zu können (z. B. Luftwaffeneinsatz, Artillerie-Schlag). Die so gewonnenen Informationen können über Stärke, Position und Pläne des Gegners Aufschluß geben.

Stören (EloGM): Durch das Stören der Signale des Gegners wird dieser in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Stören umfaßt einen weiten Bereich, der von Falschzieldarstellung über Geräteausfallsimulation beim Gegner bis zum Übersteuern dessen Prozeßdatenverarbeitung reichen kann. Deshalb gewinnt der elektronische Kampf entscheidende Bedeutung in kommenden Kriegs-Szenarien.



Schutz eigener Kommunikation (EloSM): Das Aufgabenspektrum des elektronischen Kampfes umfaßt auch Maßnahmen, feindliche EloKa-Verbände davon abzuhalten, die eigenen Ausstrahlungen zu erfassen oder zu stören.

Nach Auflösung des Fernmeldebereichs 92 hat die Bundeswehr die Elektronische Kampfführung an nur noch zwei Standorten konzentriert:

Fernmeldebereich 91 (Flensburg) mit dem Fernmeldeaufklärungsabschnitt 911 (Stadum in Nordfriesland) wird EloKaBtl 911. FmBer 93 (Daun in der Eifel) mit dem FmAufklAbschn 931 wird EloKaBtl 931. Dem FmBer 93 ist auch das mobile EloKaBtl 932 in Franckenberg/Eder zugeordnet, dessen Soldaten in Afghanistan die Ziele „aufklärten“, die anschließend bombardiert wurden. Am 7. Juni 2003 sprengte sich in Kabul, Afghanistan, ein Selbstmordattentäter mit einem Taxi neben zwei Bussen, die Soldaten dieses Verbandes zum Flughafen brachten, in

die Luft. Bei der Explosion, die einen der Busse völlig zerstörte, starben vier Soldaten, 29 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Es war das erste Mal, dass deutsche Soldaten gezielt Opfer eines Selbstmordanschlages wurden. In der militärischen Logik der Afghanen, die sich gegen NATO-Besatzung wehren, ist die Wahl der Opfer nicht zufällig. Damit die gegnerische Kriegspartei die EloKa nicht mehr so einfach ausschalten kann, findet die Aufklärung der EloKa jetzt nicht mehr an der Front in gepanzerten Fahrzeugen, sondern in Bunkern tief unter der Erde in Bramstedtlund und in Daun statt.

EloKa Soldaten werden in Fremdsprachen ausgebildet, das übernimmt das Bundessprachenamt (BSprA), eine Bundesoberbehörde im Organisationsbereich Personal der Bundeswehr in Hürth bei Köln, daneben sind Beschäftigte des Bundessprachenamtes bei ca. 90 zivilen und militärischen Dienststellen der Bundeswehr in Deutschland und im Ausland angesiedelt. Innerhalb des Bundessprachenamtes arbeiten etwa 975 Beschäftigte.

EloKa-Soldaten haben dort afghanische Sprachen, Pashtu und Dari gelernt und die Bundeswehr ist in Afghanistan im Einsatz. „Wir haben praktisch Oxford-Dari studiert und mussten dann erst das umgangssprachliche Dari lernen. Das kann man allerdings nur im Einsatz.“ wird ein EloKa-Soldat im Bundeswehrmagazin Y zitiert. EloKa-Soldaten haben arabisch gelernt und dabei ist die Bundeswehr am Krieg gegen den Irak, gegen Libyen und gegen Syrien offiziell doch gar nicht beteiligt. Mittlerweile wird die Zu-

arbeit für die NATO-Verbündeten im Irak gar nicht mehr bestritten, EloKa-Soldaten prahlten stolz, sie hätten immer gewußt, wo Gaddafi sich aufgehalten hat und sie seien es gewesen, die die Koordinaten durchgegeben hätten, dass das libysche Staatsoberhaupt gezielt festgenommen und ermordet werden konnte. Dabei gilt die gezielte Tötung des feindlichen Staatsoberhauptes immer noch als Kriegsverbrechen. Man mag die Prahlerei der EloKa-Soldaten für dummes Geschwätz halten, wie auch deren Aussage „Libyen ist erledigt und jetzt machen wir Syrien fertig“, aber auf Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke hat die Bundesregierung bestätigt, dass das Bataillon Elektronische Kampfführung 911 in Bramstedtlund Fernmelde- und Elektronische Aufklärung als Teilbereich der Elektronischen Kampfführung gegen Syrien betreibt. Die in Bramstedtlund gewonnenen Erkenntnisse können in einem Krieg gegen Syrien zur Zielerkennung oder anderweitig militärisch

genutzt werden. Dabei hatten im Wahlkampf sowohl Frau Merkel als auch Herr Steinbrück zur besten Sendezeit in ihrer Fernsehshow übereinstimmend gesagt, Deutschland werde sich nicht an einem Krieg gegen Syrien beteiligen. Wenigstens da legten sich beide Politiker fest: Keine weitere Eskalation des Bürgerkrieges in Syrien durch Bundeswehrbeteiligung! Aber mit der „Aufklärung“ und Zielerkennung durch EloKa Soldaten ist Deutschland Kriegspartei und Merkel und Steinbrück waren beide schon vor der Wahl als Lügner enttarnt. Der Bundeswehr-Lauschgriff auf Syrien torpediert die Chancen einer Friedenslösung für Syrien“, erklärte Ulla Jelpke zur Antwort der Bundesregierung auf ihre Anfrage. Und jetzt lernen EloKa-Soldaten in Hürth Kisuaheli! Da kann man nur raten: Welcher ostafrikanische Staat wird Opfer der nächsten NATO-Aggression?

Krieg beginnt auch hier in Nordfriesland und endet erst, wenn wir die Bundeswehr abschaffen!

Während die immer noch in Deutschland (Büchel) stationierten Atomwaffen, die Landminen und Splitterbomben, Chemiewaffen und Uranmunition doch die friedenspolitisch interessierte Öffentlichkeit bewegen, die neue Runde der Aufrüstung mit Kampfdrohnen so langsam ins Bewußtsein dringt, ist die unsichtbare Kriegführung der EloKa bislang buchstäblich im Verborgenen geblieben. EloKa und Drohnen geben im Kombi-Pack einen besonderen Sinn: EloKa -„Aufklärung“ heißt Aufspüren und Auswahl des Mordopfers, Drohnen übernehmen dann die vollautomatische Exekution des Mordbefehles. Das „elektromagnetische Spektrum als Gefechtsfeld“ sieht nicht blutdurchtränkt eklig aus, ist aber für hochtechnisierte Kriegführung aus dem sicheren Bunker heraus nötig. Die Bundeswehr macht sich damit schuldig an Mordtaten in aller Welt. Um weitere zu verhindern, muss die Bundeswehr abgeschafft werden.

DFG-VK Flensburg

Flensburger Ostermarsch 2014

Unter dem Motto „Aufstehen für den Frieden - Kriege Stoppen! - Für ein ziviles und soziales Europa!“ demonstrierten insgesamt 200 Friedensbewegte am Ostersonnabend beim Ostermarsch vom Nordertor durch die Stadt zum Deserteurdenkmal am Platz der Gärtner in der Roten Straße.

Foto: Medienbüro Nord



UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund
Revierpark
Wischlingen

Das größte
Volkfest
der Linken!



TERMINE

Mitgliederversammlung

z Donnerstag, 22. Mai, 19 Uhr
z Donnerstag, 19. Juni, 19 Uhr
z Donnerstag, 17. Juli, 19 Uhr
im Restaurant FEUERSTEIN,
Norderstraße 98, Flensburg

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Preis: 0,40 € (1 € incl. Versand)

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:
beim AstA der UNIVERSITÄT
OSSJETZKY-BUCHHANDLUNG
VOLKSBAD | HAFERMARKT
KAFFEEHAUS | VIVA
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN
TABLEAU-KULTURCAFÉ

Spenden können überwiesen werden
Konto: Santander Bank Kiel
IBAN: DE02500333001050379700
BIC: SCFBDE33XXX
Verwendungszweck: Blickpunkt